



Antragsteller:

Think Tank

Adressat:

KV, Rat der Stadt Köln

angenommen

abgelehnt

nicht befasst

verwiesen an:  
\_\_\_\_\_

## Forderung der JU Köln zur stärkeren Gewichtung der politischen Bildung an Schulen

1 *Der Kreisvorstand möge beschließen:*

2 Auf dem Internetportal des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat wird „Politische  
3 Bildung“ als „ein notwendiger Bestandteil der freien und offenen Gesellschaft“ definiert, „da sie eine  
4 wehrhafte und streitbare Demokratie stärkt“.<sup>1</sup> Gerade für uns als Junge Union Köln ist dies  
5 unerlässlich! Politische Bildung ist essenziell, da sie unser Zusammenleben regelt und den  
6 Grundstein unserer Gesellschaft abbildet. Ein erstes Aufeinandertreffen mit dem Thema findet an  
7 den Schulen statt. Als politische Jugendorganisation ist es demnach nicht nur unsere Pflicht, zu  
8 Themen, bei denen wir unmittelbar von Entscheidungen des Ministeriums für Schule und  
9 Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen betroffen sind, Stellung zu beziehen, sondern wir  
10 erwarten, dass auch auf unsere Erfahrungen und Expertisen zurückgegriffen werden, denn wer ist  
11 näher an der schulischen Thematik dran als wir Jugendliche? In der Schule sammeln die  
12 Schülerinnen und Schüler ihre ersten Erfahrungen mit dem politischen System der Bundesrepublik  
13 und Themen des politischen Diskurses. Wie der große Rückhalt von Initiativen wie „Fridays for  
14 Future“ unter Schülerinnen und Schülern zeigt, ist politisches Interesse und auch der Drang zu  
15 politischer Teilhabe in der jüngeren Generation tief verwurzelt. Jedoch sollten außerparteiliche  
16 themenbasierte Projekte nur eines der Standbeine unserer politischen Jugendkultur darstellen. Ein  
17 weiteres Fundament sollte durch umfassende politische Bildung gelegt werden.

18

19 Die Junge Union Köln ist der Meinung, dass die politische Bildung grundlegend für unser  
20 Zusammenleben ist. Leider lässt sie mit Blick auf die Wirklichkeit und die Erfahrungen für  
21 weiterführenden Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen fest, dass diesem keinen angemessenen  
22 Stellenwert eingeräumt bekommt. So wird in Realschulen und Gymnasien des Landes das Fach

---

<sup>1</sup> <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/politische-bildung/politische-bildung-node.html>

## **Antrag Forderung der JU Köln zur stärkeren Gewichtung der politischen Bildung an Schulen**

23 Politik bzw. das Fach Wirtschaft-Politik, in der Sekundarstufe 1 in nur wenigen Halbjahren  
24 unterrichtet, in Haupt- und Gesamtschulen sogar nur im Zusammenschluss mit den Fächern  
25 Geschichte und Erdkunde bzw. mit den Fächern Erdkunde und Geschichte/Politik als  
26 Gesellschaftslehre unterrichtet. Zudem herrschen nicht nur zwischen verschiedenen Schulformen  
27 erhebliche Unterschiede in der Struktur und im Aufbau, vor allem aber gibt es erhebliche  
28 Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen derselben Schulform. Dies hat zur Folge, dass einige  
29 Schülerinnen und Schüler mehr Sach-, Urteils- und Handlungskompetenzen erlernen als andere. Dies  
30 wird der Wichtigkeit dieses Themas unserer Meinung nach nicht gerecht.

31

32 Daher fordert die Junge Union Köln grundlegende Änderungen in Struktur und Ablauf in den  
33 Kernlehrplänen an Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie an Gymnasien für die Sekundarstufe 1  
34 des Landes Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Bereich der politischen Bildung.

35

36 Die Junge Union Köln fordert die Trennung der Fächer Geschichte, Erdkunde und Politik an Haupt-  
37 und Gesamtschulen. Dies würde bedeuten, dass fortan diese Fächer einzeln im Lehrplan und im  
38 Stundenplan der Schülerinnen und Schüler verankert werden. Eine Aufteilung dieser z.T.  
39 unterschiedlichen Fächer ist aus unserer Sicht unter Berufung auf unseren Erfahrungen, sowohl aus  
40 Schüler- als auch aus Lehrersicht, absolut notwendig. Entscheidend ist vor allem die Ausbildung der  
41 Lehrkräfte, welche nur auf einzelne Fächer spezialisiert sind. Ebenfalls kann man so den Fokus auf  
42 das Erlernen des jeweiligen einzelnen Faches und dessen Inhalte legen. Schülerinnen und Schüler  
43 ermöglicht dies, eine differenziertere Beurteilung zu erhalten, da sie in jedem Fach individuell  
44 bewertet werden. Ebenso versprechen wir uns dadurch eine Erweiterung des Wissensstands der  
45 Schülerinnen und Schüler in allen drei Fachbereichen. Die veränderte Schwerpunktsetzung macht  
46 zudem mehr Inhalte und das Erlernen von mehr Kernkompetenzen möglich. Uns ist bewusst, dass  
47 der Stundenplan bereits jetzt sehr voll und eng getaktet ist. Daher ist es nicht möglich, jedes dieser  
48 drei Fächer in allen Halbjahren zu unterrichten. Wir empfehlen, ihn lediglich um jeweils eine weitere  
49 Wochenarbeitsstunde in den Jahrgangsstufen 5 und 6 sowie in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 um  
50 jeweils zwei weitere Wochenarbeitsstunden zum Ausgleich der Aufspaltung der drei Fächer zu  
51 ergänzen.

52

53 Jede Schülerin und jeder Schüler ist Teil unserer Gesellschaft und jeder hat das uneingeschränkte  
54 Recht auf Teilhabe an dieser, unabhängig ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihres sozialen Status oder

## Antrag Forderung der JU Köln zur stärkeren Gewichtung der politischen Bildung an Schulen

55 ihres Bildungsgrades. Daher fordert die Junge Union Köln einheitliche Strukturen für alle  
56 Schulformen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Sekundarstufe 1 im Bereich der politischen  
57 Bildung. Dabei ist es notwendig, dass es eine einheitliche Definition des Faches sowie eine  
58 einheitliche Schwerpunktsetzung mit jedoch unterschiedlichen Vertiefungen je nach Schulform gibt.  
59 Da das Fach für Gymnasien in NRW erst seit Beginn des Schuljahres 2019/20 den Namen „Wirtschaft-  
60 Politik“ trägt sowie der Kernlehrplan mit den Kernkompetenzen bereits neu erstellt wurde,  
61 empfehlen wir selbiges auch für Haupt- Real- und Gesamtschulen in NRW. Zudem weisen wir  
62 daraufhin, dass der Fachbereich Wirtschaft seit Beginn des laufenden Schuljahres (2020/21) bereits  
63 an den einzelnen Schulformen in NRW umgesetzt wird. Wir möchten betonen, dass es sich bei der  
64 Einheit der Schulformen ausschließlich um Struktur, Aufbau und inhaltlichen Schwerpunkte handeln  
65 soll. Demnach ist in den Kernlehrplänen aller Schulformen in Nordrhein-Westfalen neben dem  
66 Namen des Faches und den zu vermittelnden Inhalten festzulegen, in wie vielen Halbjahren es in  
67 den Jahrgangsstufen 5 und 6 sowie 7 bis 10 unterrichtet werden soll. Die Junge Union Köln empfiehlt  
68 hierbei folgende Struktur:

- 69 - Jahrgangsstufe 5 und 6: zwei Halbjahre Wirtschaft-Politik, verpflichtend für alle Schülerinnen  
70 und Schüler
- 71 - Jahrgangsstufe 7 bis 10: mindestens vier Halbjahre Wirtschaft-Politik, verpflichtend für alle  
72 Schülerinnen und Schüler

73 Insbesondere an Gymnasien wird diese Einteilung besonders durch das „gewonnene“ Jahr in Folge  
74 der eventuellen Rückführung zu G-9 ermöglicht. In den anderen Schulformen ist die zusätzliche  
75 Arbeitslast, da es sich nur um eine zusätzliche Wochenarbeitsstunde für einen begrenzten  
76 Zeitraum handelt, beherrschbar. Durch die neugewonnene Struktur im Fach Wirtschaft-Politik ist  
77 eine Ergänzung des Kernlehrplans für Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie Gymnasien in der  
78 Sekundarstufe 1 des Landes NRW erforderlich. So ist das Kennenlernen internationaler Wahlsysteme  
79 und Regierungsformen ein bedeutsames Thema, um das komplexe Weltgeschehen verstehen zu  
80 können, ebenso wie die Entwicklung der Politik ab dem 20. Jahrhundert.

81

82 Die Junge Union Köln fordert, die Kernkompetenzen zum Ziele mündiger und meinungsstarker  
83 Schülerinnen und Schüler um neue Methoden und Formen im Lehrplan zu erweitern. Hierbei spielt  
84 vor allem die Sprache zum Erlernen einer starken Argumentation und das Reflektieren und Bilden  
85 der eigenen Meinung eine große Rolle, ebenso wie der differenzierte Umgang mit Nachrichten,  
86 „Fake News“ o.Ä. Der Medienkompetenzrahmen muss dabei fest in den Kernlehrplan verankert

## Antrag Forderung der JU Köln zur stärkeren Gewichtung der politischen Bildung an Schulen

87 werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen aber auch Toleranz gegenüber anderen Meinungen  
88 erlernen. Die fachliche Qualifizierung der Lehrkraft ist hierbei von entscheidender Bedeutung. Die  
89 Junge Union Köln empfiehlt die Stärkung von Arbeitsgemeinschaften an Schulen, die politische  
90 Themen bearbeiten, sowie von freiwilligen Debattierclubs.

91

92 Politik ist allgegenwärtig. Vor allem aber ist Politik nicht nur in der Theorie greifbar, sondern auch  
93 praktisch erfahrbar. Daher möchten wir dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler spätestens in  
94 der Mittelstufe die Gelegenheit bekommen, ihr Landesparlament und weitere Institutionen des  
95 politischen Lebens zu besuchen. Den Schülerinnen und Schülern soll so ein möglichst naher und  
96 greifbarer Zugang zur Demokratie in Deutschland, den Parteien, Programmen und Abgeordneten  
97 ermöglicht werden. Die Lehrperson hat Sorge zu tragen, mit den Inhalten sensibel und neutral sowie  
98 dem Beutelsbacher Konsens verpflichtend umzugehen.

99

100 Aus unserer Erfahrung sind wir der Überzeugung, dass sogenannte Junior-Wahlen, bei denen  
101 politische Wahlen als Projekt simuliert werden, einen großen Realitätsbezug besitzen. Wir fordern  
102 zudem an jeder Schule Schülerparlamente, bei denen der moderne Parlamentarismus praxisnah  
103 vermittelt wird. Durch die Beschäftigung mit der Thematik erlernen sie handlungsorientiert wichtige  
104 Kompetenzen, die auf die politische Welt übertragen werden können. Zudem erweckt dies das  
105 politische Interesse und stärkt das Allgemeinwissen. Eine gute Vor- und Nachbereitung ist jedoch  
106 vorausgesetzt. Für weitere Anreize soll im Unterricht zu einer Teilnahme an Politik-Wettbewerben  
107 des Landes und der Bundeszentrale für politische Bildung angeregt werden. Dies kann auch als  
108 Unterrichtsinhalt, beispielsweise im Zuge von Projektarbeiten, eingesetzt werden. Die Junge Union  
109 Köln erkennt den gesteigerten Aufwand und die Herausforderungen durch die oben genannten  
110 Punkte, insbesondere für die Lehrpersonen. Es werden weitreichende Unterstützungsangebote und  
111 Fortbildungen für diese sowie weitere Maßnahmen gefordert, für eine geringere Belastung.

112

113 Wir fordern die Arbeit mit digitalen Portfolios und Dokumentationstagebüchern in den Lehrplänen  
114 zu verankern sowie zentrale schriftliche Leistungsüberprüfungen in der Mittelstufe. Die Junge Union  
115 Köln erhofft sich durch diese Maßnahmen mehr mündige Schülerinnen und Schüler, eine erhöhte  
116 politische Kompetenz sowie ein allgemein gesteigertes Interesse der Kinder und Jugendliche an der  
117 Politik. Ihnen soll praktisch vermittelt werden, wie und wo man sich in unserer Gesellschaft  
118 einbringen und sie gestalten kann.